

Bewerbungsbedingungen

EU-Vergabeverfahren

Gemeinde Gundelfingen

Vergabe von Schulverpflegungsleistungen (Mittagessen)
für die Johann-Peter-Hebel-Grundschule in Gundelfingen

Offenes Verfahren

Gliederung

I.	Allgemeine Angaben zum Vergabeverfahren	4
1.	Projektdaten.....	4
2.	Auftraggeber	4
3.	Vergabestelle	4
4.	Verfahrensbetreuung	4
5.	Information zur E-Vergabe	5
6.	Kommunikation über das Vergabeportal.....	5
II.	Vergabeunterlagen	5
1.	Bereitstellung der Vergabeunterlagen	5
2.	Prüfung der Vergabeunterlagen und Frist zur Einreichung von Fragen	6
3.	Mitteilungen der Vergabestelle zu dem Verfahren und den Vergabeunterlagen	6
4.	Form und Frist für die Abgabe der Angebote	7
5.	Inhaltliche Anforderungen an das Angebot	8
6.	Vertragsbedingungen.....	8
III.	Angebotswertung	8
1.	Allgemeine Hinweise zur Angebotswertung	8
2.	Ausschlussgründe	8
3.	Wertungsrelevante Angebotsinhalte	9
IV.	Eignungsanforderungen und gesetzliche Ausschlussgründe	9
1.	Gesetzliche Ausschlussgründe	9
2.	Erklärung gem. Art. 5k der Verordnung (EU) 2022/576	9
3.	Eignung zur Berufsausübung.....	10
3.1	Nachweis Eintragung in Berufs-/Handelsregister.....	10
3.2	EU-Zulassung oder Registrierung.....	10
3.3	Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	10
4.	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	11
4.1	Gesamtumsatz des Unternehmens	11
4.2	Haftpflichtversicherung	12
5.	Technische und beruflichen Leistungsfähigkeit	12
5.1	Referenzen	12
5.2	Hygienekonzept	13
5.3	Kapazitätsnachweis Großküche	13
V.	Bedingungen für die Ausführung des Auftrags	13

VI. Einsatz von Nachunternehmern	13
1. Nachunternehmereinsatz ohne Eignungsleihe	13
2. Nachunternehmereinsatz mit Eignungsleihe.....	14
3. Pflichten während Auftragsausführung nach § 128 Abs. 1 GWB...	14
VII. Bewerber-/Bietergemeinschaften	14
VIII. Prüfung der Angebote	15
IX. Grundsätzliche Anforderungen an die Angebote	15
X. Allgemeine Vorgaben für Preisangaben	15
XI. Angaben des Auftraggebers zum Preis	15
XII. Zuschlagskriterien und Angebotswertung	16
XIII. Vertragsmuster	16
XIV. Einlegung von Rechtsbehelfen.....	16
XV. Vertraulichkeit und Datenschutz	16
XVI. Vorbehalt	17
XVII. Wahrung des Geheimwettbewerbs.....	17
XVIII. Mit dem Angebot einzureichende Unterlagen	17
XIX. Anlagen.....	17

I. Allgemeine Angaben zum Vergabeverfahren

Die Vergabe erfolgt in Anwendung der Vorschriften des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie der Vergabeverordnung (VgV) im Wege eines offenen Verfahrens (§ 15 VgV).

1. Projektdaten

Die Gemeinde Gundelfingen beabsichtigt den Auftrag, für die Schulverpflegung (Mittagessen) für die Schüler/-innen der Johann- Peter- Hebel- Grundschule, Auf der Höhe 9, 79194 Gundelfingen, zu vergeben.

Der ausgeschriebene Auftrag umfasst:

- Lieferung und Bereitstellung eines qualitätsgerechten und dem Alter der Kinder und Jugendlichen entsprechenden Essens.

Weitere Einzelheiten finden sich in der Leistungsbeschreibung und den Vertragsunterlagen.

2. Auftraggeber

Gemeinde Gundelfingen
vertreten durch Herr Bürgermeister Raphael Walz
Alte Bundesstraße 31
79194 Gundelfingen

3. Vergabestelle

Gemeinde Gundelfingen
Alte Bundesstraße 31
79194 Gundelfingen
Frau Sandra Riegger

4. Verfahrensbetreuung

Rechtliche Betreuung

W2K Rechtsanwälte
Partnerschaftsgesellschaft mbB
Kaiser-Joseph-Straße 247
D-79098 Freiburg
Mail: vergabe@w2k.de

5. Information zur E-Vergabe

Das Vergabeverfahren wird elektronisch in der webbasierten E-Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal durchgeführt und ist unter folgender URL im Internet erreichbar: www.dtv.de.

Die elektronische Teilnahme an Vergabeverfahren sowie die Registrierung für die E-Vergabeplattform sind für Bieter vollständig kostenfrei.

Die von der Vergabestelle übermittelten Informationen werden entweder direkt in der bzw. über die Oberfläche der E-Vergabeplattform bzw. dem virtuellen Projektraum zum Vergabeverfahren (z.B. Bekanntmachungen, Kommunikationsnachrichten) oder innerhalb der Plattform bzw. virtuellen Projekträume als Datei-Downloads bereitgestellt (Vergabeunterlagen oder Anhänge zu Kommunikationsnachrichten). Die verwendeten Dateitypen und Dateiformate werden durch das Vergabeverfahren bzw. die Vergabestelle vorgegeben und können je nach Ausschreibungsgegenstand abweichen (z.B. GAEB-Dateien im Bereich von Bauleistungen).

Um am Verfahren teilnehmen zu können (und z.B. eigene Nachrichten an die Vergabestelle zu senden, Teilnahmeanträge/Angebote abzugeben oder über Änderungen automatisch per E-Mail informiert zu werden), müssen sich die Unternehmen auf der E-Vergabeplattform für die Teilnahme am Verfahren anmelden.

Im Weiteren wird auf den (technischen) Support für Unternehmen/Bieter verwiesen:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>

Support-Hotline der Cosinex GmbH: 0234 298 79 611

6. Kommunikation über das Vergabeportal

Die unter I.3 genannte Stelle ist alleinige Ansprechpartnerin in allen Fragen des Vergabeverfahrens. Auskünfte anderer Stellen oder anderer Personen sind nicht verbindlich. Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über die Bieterkommunikation der Vergabeplattform dtvp, es sei denn die Kommunikation ist aufgrund technischer Probleme nicht über die Vergabeplattform möglich.

Telefonische Auskünfte sind nicht verbindlich. Es gilt das geschriebene Wort.

Die Kommunikation erfolgt in deutscher Sprache.

II. Vergabeunterlagen

1. Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen stehen unter der folgenden Internetadresse gebührenfrei, uneingeschränkt und vollständig zur Verfügung:

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMEMJJ2>

Eine Registrierung für den Zugang zu den Unterlagen ist nicht erforderlich. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Registrierung und Bestätigung zur Teilnahme am Verfahren empfohlen werden, um über Mitteilungen an die Unternehmen informiert zu werden. Bei einem anonymen Zugriff auf die Vergabeunterlagen ist dies nicht möglich, das Unternehmen hat in eigener Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass es tatsächlich alle an die Unternehmen versandten Informationen erhält (vgl. II. Nr. 3).

2. Prüfung der Vergabeunterlagen und Frist zur Einreichung von Fragen

Die Unternehmen haben die Vergabeunterlagen unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit, etwaige Unklarheiten oder Fehler zu überprüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens unvollständige, unklare oder fehlerhafte Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Teilnahmeantrags/Angebots beeinflussen können, so hat das Unternehmen den Auftraggeber über die Vergabeplattform unverzüglich, jedoch **spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge/Angebote** darauf hinzuweisen bzw. um entsprechende Auskunft zu bitten.

Der Auftraggeber kann von der Beantwortung von Fragen absehen, die nach diesem Zeitpunkt gestellt werden. Er wird die erforderlichen Auskünfte spätestens 6 Tage vor dem Ablauf der Teilnahme-/Angebotsfrist erteilen (§ 20 Abs. 3 Nr. 1 VgV).

Antworten, die für die Teilnahmeantrags-/Angebotserstellung relevant sind, werden gemäß Kapitel II.3 veröffentlicht bzw. zur Verfügung gestellt.

Soweit ein Unternehmen rechtliche Bedenken gegen die gewählte Verfahrensart, die Ausgestaltung des Verfahrens oder gegen Inhalte dieses Verfahrensbriefes sowie die Vergabeunterlagen hat, wird auf die geltenden Rügeobliegenheiten nach § 160 Abs. 2 GWB verwiesen (siehe hierzu die Hinweise und die Belehrungen in der EU-Auftragsbekanntmachung).

3. Mitteilungen der Vergabestelle zu dem Verfahren und den Vergabeunterlagen

Antworten, Ergänzungen oder Korrekturen des Auftraggebers zum Verfahren und den Verfahrensunterlagen werden über die Vergabeplattform bereitgestellt.

Wenn der Auftraggeber Antworten, Ergänzungen oder Korrekturen vornimmt, erhalten die Unternehmen, welche die Teilnahme zum Verfahren bestätigt haben, eine automatisch erstellte E-Mail, dass eine Nachricht der Vergabestelle im Vergabeportal vorliegt.

Unternehmen, die sich nicht für die Teilnahme am Verfahren angemeldet haben, sind dazu aufgefordert, sich in eigener Verantwortung über Aktualisierungen zu informieren.

Es liegt in der Verantwortung der Unternehmen, sich **bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Frist für die Einreichung von Teilnahmeanträgen/Angeboten** auf der oben genannten Internetseite zu informieren, ob sich Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen in den Vergabeunterlagen ergeben haben. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass sich die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahme-/Angebotsfrist auch noch innerhalb dieser 6 Kalendertage zu

verschieben. In einem solchen Fall werden wir Sie unverzüglich ebenfalls auf der oben genannten Internetseite informieren.

Sämtliche veröffentlichte Erläuterungen, Konkretisierungen und Änderungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

4. Form und Frist für die Abgabe der Angebote

Angebote sind bis zum

27.07.2026, 12:00 Uhr

über die Vergabeplattform in Textform nach § 126b BGB einzureichen:

<https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YMEMJJ2>

Für die Übermittlung der elektronischen Angebote ist ausschließlich das Desktop-Bietertool oder die webbasierte Abgabe direkt im Browser zu nutzen. Die Übermittlung per E-Mail, per Post oder über das Modul „Kommunikation“ auf E-Vergabeplattform ist nicht zulässig und führt zum Ausschluss des Angebots aus dem weiteren Verfahren.

Eine Unterschrift oder Signatur der einzureichenden Unterlagen ist nicht notwendig. **Es ist jedoch der Name der natürlichen oder juristischen Person einzutragen, die für das Unternehmen die rechtsverbindlichen Erklärungen abgibt oder es ist der Firmenname der juristischen Person bzw. der Handelsgesellschaft einzutragen.**

Jeder Bieter soll im Angebot einen Ansprechpartner nebst Kontaktdaten für dieses Verfahren benennen.

Das Angebot ist inklusive aller Anlagen gemäß den vorgegebenen Bezeichnungen in diesen Bewerbungsbedingungen einzureichen.

Mit dem Angebot haben die Bieter die „Sammlung Formulare/Deckblätter Angebot“ nebst den dort geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweisen einzureichen.

Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen; ausgenommen sind fremdsprachige feststehende Fachbegriffe. Für Bestätigungen Dritter (z.B. Behörden), die in einer fremden Sprache eingereicht werden, ist eine beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder beeidigten Dolmetscher/Übersetzer angefertigte Übersetzung beizufügen (Kopie ausreichend).

Angebote, die nach Ablauf der oben genannten Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Die Bieter sind an ihre Angebote **bis zum 17.08.2026** gebunden.

5. Inhaltliche Anforderungen an das Angebot

Die Vergabeunterlagen, einschließlich sämtlicher Anlagen sind der Einreichung des Angebotes und der Kalkulation vollständig zugrunde zu legen. Hierzu ist die Formularsammlung und das Formular Honorarangebot zu verwenden.

Das Angebot muss verbindlich sein.

6. Vertragsbedingungen

Die Vertragsbedingungen, einschließlich der Anlagen zum Vertrag, sind zwingend einzuhalten. Abweichungen oder Einschränkungen hinsichtlich der Vertragsbedingungen oder den ggfs. vorgegebenen Angebotsalternativen führen zum Angebotsausschluss.

III. Angebotswertung

1. Allgemeine Hinweise zur Angebotswertung

Die Bewertung der Angebote erfolgt unter Beachtung der §§ 56 ff VgV und der in dem Dokument „Zuschlagskriterien“ vorgegebenen Regelungen.

2. Ausschlussgründe

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass es zum Angebotsausschluss führt, wenn der Bieter ein Angebot einreicht, das mit den Angeboten der Wettbewerber nicht vergleichbar ist. Das ist insbesondere der Fall, wenn der Bieter

- das Angebot nicht form- oder fristgerecht einreicht, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
- er Änderungen an den Vergabeunterlagen vornimmt oder diese außerhalb der dafür vorgesehenen Stellen ergänzt
- das Angebot unter einem Gremienvorbehalt oder einem sonstigen Vorbehalt abgibt oder mit dem Angebot von zwingenden kommerziellen Bedingungen oder zwingenden fachlichen Anforderungen des Auftraggebers abweicht
- er auf entsprechende Nachforderung des Auftraggebers fehlende oder unvollständige Erklärungen und Nachweise nicht oder nicht vollständig einreicht oder er zusätzliche Auskünfte verweigert
- sich im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligt hat.

Es gelten darüber hinaus die gesetzlichen Ausschlussgründe.

3. Wertungsrelevante Angebotsinhalte

Die in den Formularen (siehe „Sammlung Formulare“) einzufügenden Angaben werden gemäß dem Dokument „Zuschlagskriterien“ bewertet.

IV. Eignungsanforderungen und gesetzliche Ausschlussgründe

Die nachfolgenden Anforderungen sind auch durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft nachzuweisen.

1. Gesetzliche Ausschlussgründe

- (1) Eigenerklärungen unter Verwendung der Formularsammlung zur Bestätigung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123, 124 Abs. 1 GWB.
- (2) Aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung (gültig bzw. nicht älter als 6 Monate seit Veröffentlichung der Bekanntmachung in EU-Amtsblatt) der tariflichen Sozialkasse/Krankenkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist.
- (3) Aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung (gültig bzw. nicht älter als 6 Monate seit Veröffentlichung der Bekanntmachung in EU-Amtsblatt) des Finanzamts bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt.
- (4) Aktuelle Unbedenklichkeitserklärung /Nachweis über die Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft (gültig bzw. nicht älter als 6 Monate seit Veröffentlichung der Bekanntmachung in EU-Amtsblatt).

2. Erklärung gem. Art. 5k der Verordnung (EU) 2022/576

Eigenerklärung unter Verwendung der Formularsammlung zum Verbot der Beteiligung russischer Unternehmen nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014.

3. Eignung zur Berufsausübung

3.1 Nachweis Eintragung in Berufs-/Handelsregister

Auszug aus dem einschlägigen Register nicht älter als 6 Monate (seit Veröffentlichung der Bekanntmachung im EU-Amtsblatt), soweit entsprechende gesetzliche Registerpflichten bestehen.

3.2 EU-Zulassung oder Registrierung

- EU-Zulassung für Großküchen und Catering-Betriebe nach Verordnung (EG) Nr. 853/2004

oder

- Einfache Registrierung gemäß Verordnung (EG) Nr. 852/2004

3.3 Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Teilnahmeberechtigt sind Bieter, die folgende Berufsqualifikation nachweisen können:

- **Koch/Köchin:** Mindestens eine fest eingesetzte Person muss über eine abgeschlossene Berufsausbildung als **Koch/Köchin** oder gleichwertige Qualifikation verfügen.
- **Ernährungsfachliche Qualifikation:** Für die Menüplanung ist mindestens eine Person mit abgeschlossener Ausbildung als **Ernährungsberater/in, Diplom-Ökotrophologe/in, Diätassistent** oder gleichwertige Qualifikation nachzuweisen.

Juristische Personen sind berechtigt, wenn für die Durchführung der Aufgabe ein verantwortlicher Bearbeiter benannt werden kann, der die vorstehenden Voraussetzungen erfüllt.

Bei Bieter-/Bewerbergemeinschaften: Mindestens ein Mitglied muss diese Anforderung erfüllen.

Der Nachweis ist zu erbringen durch Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung.

4. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

4.1 Gesamtumsatz des Unternehmens

Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten drei Kalenderjahre gemäß Formularsammlung.

Mindestumsatz in den letzten drei Kalenderjahren (2023 bis 2025) gesamt: 1 Mio **EUR** netto.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage einer Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen zu verlangen.

Bei **Bewerber-/Bietergemeinschaften** werden die Umsätze zusammengerechnet.

4.2 Haftpflchtversicherung

Nachweis bestehender Haftpflchtversicherung mit einer Mindesthöhe

- für Personenschäden: 3.000.000,00 EUR
- für Sach- und Vermögensschäden: 250.000 EUR

Die vorstehend genannten Deckungsbeträge müssen pro Versicherungsjahr mindestens zwei Mal zur Verfügung stehen.

Im Falle einer geringeren Deckung der Haftpflchtversicherung ist zunächst eine Eigenerklärung gem. Formularsammlung ausreichend, dass im Auftragsfall die Deckungssumme entsprechend erhöht werden kann. Auf Anforderung ist eine entsprechende Bestätigung der Versicherung einzureichen.

Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften muss der Nachweis von jedem Mitglied erbracht werden.

5. Technische und beruflichen Leistungsfähigkeit

Der Auftraggeber stellt die folgenden Anforderungen an die technische/berufliche Leistungsfähigkeit des/der Bieter/s:

5.1 Referenzen

Die Bewerber/Bieter müssen nachweisen, dass sie Aufträge für Mittagessen für Projekte in einer ähnlichen Größenordnung und Komplexität erfolgreich erbracht haben. Es müssen mindestens 2 Referenzen nachgewiesen werden.

Referenzen werden bewertet, wenn sie die folgenden Mindestanforderungen erfüllen:

- Schul- oder Kitaverpflegung (omnivore Speisen sowie vegetarisches Essen und Allergiekost)
- Vertragsende nicht vor 2023
- Vertragslaufzeit mindestens 2 Jahre
- Mindestanzahl an Essen pro Tag 100

Es handelt sich um Mindestanforderungen. Werden diese vom Bieter nicht erfüllt oder nachgewiesen, wird das Angebot ausgeschlossen.

Der Inhalt der Eigenerklärung richtet sich nach den Vorgaben gemäß Formblatt (siehe Formularsammlung).

Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften muss die Referenz jedenfalls durch ein Mitglied der Gemeinschaft (d.h. nicht durch jedes einzelne Mitglied) erbracht worden sein. Das Mitglied muss allerdings die Leistungen erbringen, die sie im benannten Referenzprojekt erbracht hat.

5.2 Hygienekonzept

Betriebliches Hygienekonzept: Im Produktionsbetrieb muss gemäß der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 zur Lebensmittelhygiene ein Eigenkontrollkonzept nach HACCP installiert sein. Das Konzept ist mit dem Angebot darzulegen, hierbei ist die Vorlage einer Gliederung ausreichend.

Aus den Unterlagen muss ebenfalls ersichtlich sein, dass ein Konzept für die Personalhygiene und die Schulung der Mitarbeiter in diesen Fragen besteht.

5.3 Kapazitätsnachweis Großküche

Der Bieter hat darzulegen, dass er über eine ausreichend ausgestattete Großküche und über eine ausreichende Anzahl von Personal für die tagesaktuelle Zubereitung und Lieferung der Mittagessen verfügt (Kurzdarstellung zu Ausstattung und Personal mit Qualifikationen ohne Benennung von Namen).

V. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Mit dem Angebot ist die Eigenerklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG) gem. Formularsammlung vorzulegen.

Alle Mitarbeiter, die mit offenen Lebensmitteln umgehen, müssen über ein aktuelles **amtliches Gesundheitszeugnis** nach **§ 43 IfSG** (Infektionsschutzgesetz) verfügen. Die Nachweise sind innerhalb von 2 Wochen nach Auftragserteilung vorzulegen.

Alle in der Küche und beim Transport tätigen Mitarbeiter müssen über eine aktuelle, dokumentierte Schulung gemäß **§ 4 LMHV bzw. EU-Verordnung 852/2004** oder vergleichbar verfügen. § 4 Abs. 2 LMHV findet Anwendung. Die Nachweise sind innerhalb von 2 Wochen nach Auftragserteilung vorzulegen.

Der Bieter verpflichtet sich, alle Mitarbeiter mindestens **einmal jährlich** zu den Themen **Hygiene, Allergene, Nachhaltige Beschaffung** und **Schulverpflegungsqualität** fortzubilden.

VI. Einsatz von Nachunternehmern

1. Nachunternehmereinsatz ohne Eignungsleihe

Wenn der Bewerber/Bieter zur Erfüllung des Auftrages Nachunternehmer einsetzen will (bei Bewerber-/Bietergemeinschaften: auch von einzelnen Mitgliedern), sind Art und Umfang der durch Dritte zu erbringenden Leistungen mit dem Teilnahmeantrag/Angebot anzugeben.

Nachweise, dass die erforderlichen Mittel dem Bewerber/Bieter zur Verfügung stehen (z. B. Verpflichtungserklärung), müssen mit dem Teilnahmeantrag/Angebot nicht vorgelegt werden. Der Auftraggeber fordert derartige Nachweise gegebenenfalls von den Bewerbern/Bietern, die in die engere Wahl kommen.

Der Auftraggeber kann außerdem von dem Bewerber/Bieter verlangen, dass dieser vor dem Einsatz eines Nachunternehmers entsprechende Eignungsnachweise vorlegt.

2. Nachunternehmereinsatz mit Eignungsleihe

Wenn sich der Bewerber/Bieter (bei Bewerber-/Bietergemeinschaften auch einzelne Mitglieder) allerdings im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten von Nachunternehmern (§ 36 Abs. 1 S. 3 VgV) beruft (sog. Eignungsleihe), ist mit dem Teilnahmeantrag/Angebot anzugeben, inwiefern sich der Bewerber/Bieter bzw. die Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft auf welche Kapazitäten welches Nachunternehmers berufen möchte(n). Hierfür ist das **Formular Qualifizierte Nachunternehmen (Eignungsleihe gem. § 47 VgV)** in der Formularsammlung auszufüllen.

In diesem Fall muss der Bewerber/Bieter mit dem Angebot nachweisen, dass ihm die Kapazitäten des Nachunternehmers zur Verfügung stehen (Einreichung der unterschriebenen Verpflichtungserklärung gemäß Formular in der Formularsammlung).

Ferner muss der Bewerber/Bieter mit dem Angebot Erklärungen vorlegen, die belegen, dass der Nachunternehmer über diejenige Eignung auch tatsächlich verfügt, auf die sich der Bewerber/Bieter beruft.

3. Pflichten während Auftragsausführung nach § 128 Abs. 1 GWB

Es wird darauf hingewiesen, dass für Nachunternehmer aller Stufen die Vorgaben in § 128 Abs. 1 GWB einzuhalten sind.

VII. Bewerber-/Bietergemeinschaften

Bewerber-Bietergemeinschaften sind zugelassen. Falls der Teilnahmeantrag/das Angebot durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft abgegeben wird, sind die Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung zur gesamtschuldnerischen Haftung, die Erklärung des bevollmächtigten Vertreters sowie die Angaben zum Vertretungsberechtigten anzugeben. Ferner ist anzugeben, welches Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft welche Leistungen im Auftragsfall erbringen wird.

VIII. Prüfung der Angebote

Die Bewertung der Angebote erfolgt unter Beachtung der §§ 57ff VgV.

Der Auftraggeber behält sich vor, unvollständige oder fehlende Nachweise, Unterlagen oder Erklärungen in entsprechender Anwendung des § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

IX. Grundsätzliche Anforderungen an die Angebote

Es ist ein Angebot pro Bieter zugelassen. Reicht ein Bieter mehr Hauptangebote als zugelassen ein, führt dies zum Ausschluss aller seiner Hauptangebote. Nebenangebote sind nicht zugelassen.

X. Allgemeine Vorgaben für Preisangaben

Alle Preispositionen sind zu bepreisen. Alle Angebotspreise sind in Euro, Bruchteile in vollen Euro netto ohne Umsatzsteuer anzugeben. Auf die Informationen in der Leistungs- und Projektbeschreibung wird verwiesen.

Alle Aufwände des Bieters sind in die vorhandenen Preispositionen einzupreisen. Eine Änderung des vorgegebenen Textes oder der vorgegebenen Formatierung (z.B. andere oder neue Spalten/Zeilen) ist nicht zulässig.

Angebote mit Preisen, die der Bieter an bestimmte, in den Vergabeunterlagen nicht vorgesehene Bedingungen knüpft, (z.B. Laufzeiten, Abnahmemengen, Kopplung mit anderen Aufträgen, zusätzliche Beistelleistungen des Auftraggebers, etc.) stellen eine unzulässige Änderung der bzw. Ergänzung der Vergabeunterlagen dar und werden ausgeschlossen.

XI. Angaben des Auftraggebers zum Preis

Die Preise inkl. Nebenkosten ist gemäß dem Formular Preisblatt anzubieten. Weitere Einzelheiten hierzu sind in der Leistungsbeschreibung und Formularsammlung.

Der Preis ist in Euro pro Essen und Dessert gesondert pro Tag anzugeben.

Hinweis: Im Preis enthalten sind alle vertraglich geschuldeten Leistungen für die Erstellung der Speisepläne, Herstellung der Mahlzeiten und Lieferung sowie sämtliche Zusatzleistungen gemäß Leistungsbeschreibung.

XII. Zuschlagskriterien und Angebotswertung

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Bewertung der Angebote erfolgt an Hand der Zuschlagskriterien und der Bewertungsmethode wie im Dokument „Zuschlagskriterien“ angegeben.

XIII. Vertragsmuster

Die zur Verfügung gestellten Vertragsvorlagen enthalten die Einzelheiten zu den Leistungspflichten und den Zahlungsbedingungen. Die Vertragsvorlagen sind bindend. Es ist den Bietern nicht gestattet, Änderungen an den Vertragsentwürfen vorzunehmen. Gleichwohl vorgenommene Änderungen führen zum Ausschluss. Die in den Vertragsentwürfen noch offenen Punkte werden anhand der Angebote der Zuschlagsbieter vom Auftraggeber ergänzt. Dem Zuschlagsbieter erteilt der Auftraggeber am Ende des Vergabeverfahrens den Zuschlag, wodurch der Vertrag zustande kommt.

XIV. Einlegung von Rechtsbehelfen

Es wird auf die Hinweise und die Belehrungen unter 5.1.12 der EU-Auftragsbekanntmachung verwiesen.

XV. Vertraulichkeit und Datenschutz

Die Bieter haben die Vertraulichkeit der Unterlagen zu wahren. Die Ausschreibungsunterlagen dürfen durch den Bieter nur zur Erstellung des Angebotes verwendet werden. Eine sonstige Verwendung, insbesondere die Weitergabe an Dritte, bedarf der schriftlichen Freigabe durch den Auftraggeber. Dies betrifft nicht die Weitergabe an Unternehmen, die als Nachunternehmer eingesetzt werden sollen, soweit diese die Unterlagen für die Angebotserstellung benötigen. Soweit der Bieter die Unterlagen an Nachunternehmer zur Angebotserstellung weitergibt, verpflichtet er sich, diesen in gleichem Maße zur Vertraulichkeit zu verpflichten, in welchem er gegenüber dem Auftraggeber verpflichtet ist.

Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können und im Falle einer vorgesehenen Zuschlagserteilung an ihn gegenüber nicht berücksichtigten Bietern eine Vorabinformation gem. § 134 GWB erfolgt.

XVI. Vorbehalt

Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, das Vergabeverfahren einzustellen/aufzuheben, sofern sachliche Gründe dies rechtfertigen. Ein sachlicher Grund liegt insbesondere vor, wenn

- kein Angebot eingegangen ist, das den Vergabeunterlagen entspricht,
- sich die Grundlagen der Vergabe geändert haben,
- das Vergabeverfahren kein wirtschaftliches Ergebnis gehabt hat oder erwarten lässt.

Für die abzuschließenden Verträge gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

XVII. Wahrung des Geheimwettbewerbs

Jedes an dieser Vergabe beteiligte Unternehmen ist verpflichtet, die Anforderungen an den Geheimwettbewerb zu gewährleisten. Jeder Bieter darf ausschließlich Kenntnis von seinem Angebot haben.

XVIII. Mit dem Angebot einzureichende Unterlagen

Mit dem Angebot haben die Bieter die in der „Sammlung Formulare“ vorgegebenen Dokumente einzureichen. Der vorgegebene Vertrag nebst Anlagen muss nicht mit dem Angebot eingereicht werden. Die entsprechenden Lücken im Vertragstext werden gemäß den Angaben im Angebot vervollständigt.

XIX. Anlagen

- Bewertungsmatrix
- Leistungsverzeichnis i.d.F. vom 25.06.2026
- Rahmenvertrag
- Formularsammlung Angebot
- Formularsammlung Eignungsleihe
- Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem LTMB Baden-Württemberg
- Informationen zur Datenschutzgrundverordnung
- Einheitliche Europäische Eigenerklärung